

Stephan Krull  
Die LINKE Magdeburg,

## **Stadtparteitag am 16. Oktober 2021 - Rechenschaftsbericht**

Vor allem ist über Magdeburg zu reden – jedoch die ganze Partei befindet sich in einer schweren, existenziellen Krise. Davon können wir uns nicht abkoppeln. Offen und frei wollen wir und müssen wir eine ehrliche, an unserer Sache orientierte und selbstkritische Debatte führen. Wir tragen gemeinsam Verantwortung dafür, daß diese Partei nicht scheitert.

### **1.**

#### **Licht und Schatten im Stadtverband Magdeburg:**

##### **Schatten:**

Austritte, Sterbefälle, Inaktivität – wir sind weniger, nicht mehr geworden. 40% unserer Mitglieder sind über 70 Jahre alt.

Zu wenige (junge) Frauen – obwohl wir mehr von Frauen als von Männern gewählt werden.

Ursächlich dafür ist ein oft wenig einladendes Parteileben.

Unsere Strukturen passen nicht mehr – die Basisgruppen sind überwiegend nicht handlungsfähig, und unattraktiv

Handlungsfähigkeit ist aber die Voraussetzung für Wirksamkeit im Wohngebiet, in der Stadt.

Es gibt viel zu wenig politische Bildungsarbeit – das heißt auch, Positionen werden nicht ausgetauscht und nicht geklärt. Das ist übrigens eine Erscheinung nicht nur im Stadtverband, sondern darunter leiden große Teile des Landesverbandes. Der Landesvorstand mit seinen größeren Möglichkeiten hat da bisher nicht geholfen.

##### **Licht:**

Wir haben viele neue, junge und aktive Mitglieder gewonnen – 50% der neuen Mitglieder sind unter 30 Jahre alt.

Diese wollen sich einbringen, aktiv sein, diskutieren und auf die Straße, zu den Menschen gehen.

Dafür müssen wir Räume und Möglichkeiten schaffen.

Wo sind wir aktiv, real und digital? Natürlich im Stadtrat, in den Kämpfen um einen guten und preiswerten ÖPNV zur Stärkung unserer MVB, in der Politik für eine Verkehrswende, immer natürlich als Antifaschisten, bei den Friedensaktionen, in der unteilbaren Solidaritätsbewegung für Geflüchtete, prekär Lebende, bei den Kämpfen und betrieblichen und gewerkschaftliche Aktionen für Tarifverträge und den Aufbau von Betriebsräten, für gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit. Wir haben eine aktive Stadtratsfraktion und ein gutes Zusammenwirken von Stadtvorstand und Stadtratsfraktion.

Verbessert haben wir unsere Öffentlichkeitsarbeit sowohl im realen Leben wir in den digitalen Netzwerken, aber auch die interne Kommunikation in unserem Stadtverband haben wir verbessert.

Öffentliche Aktivität, angemessene Strukturen und politische Bildung sind wichtig, um eine leider immer noch relativ hohe Fluktuation zu minimieren.

### **2. Partei im Umbruch**

Unsere Partei befindet sich im Umbruch – hin zu einem Neustart, weil eine Epoche der Parteientwicklung zu Ende geht und die politische Lage sich gerade entscheidend ändert. Im gegenwärtigen Prozess schwindet die Bedeutung der PDS-Generation ebenso wie die der WASG-Generation. Die Nachwendezeit ist ebenso vorbei wie der Protest gegen die Agenda 2010.

All das liegt 20 bis 30 Jahre zurück und ist für zunehmend mehr Menschen nicht mehr der Bezugspunkt für linke Politik.

In dieser Situation haben Rosi, Tobias und ich versucht, eine Brücke in die Zukunft zu bauen – nach Torsten Hans, Wolfgang Bierstedt und Grit Kumar als Stadtvorsitzende. Eine Brücke aus der richtigen, aber zurückliegenden Vergangenheit in die Zukunft., hin zu den Anforderungen an eine moderne, sozialistische Partei. Dieser Brückenbau war unser gemeinsames Ziel – trotz großer Unterschiede zwischen uns drei in manchen politischen und strategischen Fragen, trotz der sehr unterschiedlichen Erfahrungen, die wir haben. Wir finden, dass das ganz gut geklappt hat: die Brücke steht!

Wir haben uns bemüht, alle einzubeziehen entsprechend ihren Wünschen und Möglichkeiten. Jede und jeder wird gebraucht und kann mittun – in den Basisgruppen, in der Aktionsgruppe, in thematischen Arbeitsgruppen, im öffentlich tagenden Stadtvorstand. In den Wahlkämpfen dieses Jahres ist uns das mit vielen Genossinnen und Genossen gut gelungen.

Einige haben sich bewusst nicht beteiligt, stehen bestenfalls am Rand und kommentieren die Arbeit der aktiven Genossinnen und Genossen. Und im Stadtverband ist es genauso wie in der Gesamtpartei: Entweder, wir pflegen ein solidarisches Miteinander und ziehen am gleichen Ende des Stranges – oder wir schwächen uns selbst.

Ursächlich sind sowohl ungeklärte politische Differenzen als auch persönliche Befindlichkeiten bis hin zu gekränkter Eitelkeit. Unterschiedliche Meinungen und Erfahrungen sollten eine Stärke unserer pluralen Partei ausmachen – gelegentlich führen sie aber zu Auseinandersetzungen, die von Unbeteiligten überhaupt nicht nachvollzogen werden können. Manchmal geht es aber auch um mehr oder weniger gut dotierte Posten, die wir jedoch künftig und zunächst weniger zu vergeben haben.

### **3. Die Wahlen**

Denn es ist kein repräsentativer Posten, für uns im Stadtrat zu sitzen – wer nur das will, ist einfach fehl am Platz. Es ist harte und unglaublich zeitaufwändige Arbeit im Rat und in den Ausschüssen. Und es geht um viel dabei – die Menschen nehmen sehr genau, wahr, ob wir uns dort konsequent verhalten oder nicht. Fehler können, wie wir am Bahnhofstunnel sehen, außerordentlich teuer für die Stadt und die Gesellschaft werden und einfach die Weichen in die falsche Richtung stellen. Die Aufwandsentschädigungen sind nicht sehr hoch und die Partei erwartet zurecht, dass ein guter Teil davon als Beitrag an die Partei zurückfließt.

Zunächst haben wir Dank zu sagen an die Genossinnen und Genossen, die mit einem starken Wahlkampf für uns in den Stadtrat eingezogen sind: Jenny Schulz, Nadja Lösch, Anke Jäger, René Hempel, Oliver Müller, Dennis Jannack, Chris Scheunchen und inzwischen auch Tobias Baum. Nadja und René sind als Fraktionsvorsitzende jetzt das Gesicht unserer Partei im Stadtrat. Immer besser klappt eine gute Verbindung (politisch, inhaltlich, thematisch) zwischen dem Stadtverband und der Ratsfraktion. Dafür vielen Dank auch den Genossinnen und Genossen unserer Stadtratsfraktion.

Zu danken ist auch den vier Genossinnen und Genossen, die für uns zur Landtagswahl angetreten sind: Nicole Anger (Glückwunsch zum Mandat im Landtag), Robert Fietzke, Dennis Jannack und wiederum Jenny Schulz.

Dann war es für uns sehr unangenehm da der Landesvorstand unseren Wunsch, Jenny auf die Landesliste zu setzen, ohne Begründung ignoriert hat. Dieses war nicht nur ein Affront gegenüber Jenny, unsere Fraktionsvorsitzenden, sondern gleichermaßen gegen unseren Stadtverband.

Die Listenaufstellung war falsch aus mehreren Gründen – aber die wollte der Landesvorstand viel hören. Ein Ergebnis dieser falschen Listenaufstellung ist, dass der Norden unseres Landes viel schwächer vertreten ist, als es der Größe und der Anzahl der Menschen entsprechen würde.

Eine Schlussfolgerung aus diesen Vorgängen sollte sein, dass wir wesentlich sorgsamer umgehen mit unseren Mitgliedern – besser gesagt: Wir müssen sorgsamer mit uns selbst umgehen!

Chris haben wir sehr zu danken für seinen tollen Einsatz als Kandidat zur Bundestagswahl. Damit sind wir beim Wahlergebnis – bei den desaströsen Wahlergebnissen.

Wir haben politische und strukturelle Probleme, die es jetzt zu diskutieren und zu bearbeiten gilt. An den Wahlkämpfer:innen lag es jedenfalls nicht, jede und jeder einzelne von uns hat viel gegeben.

Die Ursachen für die inzwischen lange Reihe von Niederlagen schleppen wir schon länger mit uns herum. Verantwortung tragen die Vorstände – vom Parteivorstand über den Landesvorstand bis zum Stadtvorstand – nicht zu gleichen Teilen, aber dennoch.

Die Kurzfassung meiner Analyse: Wir haben alles wie immer gemacht, fleißig, umfassend und genau, wie wir nun mal sind.

Mit Albert Einstein: Es ist Wahnsinn, immer das gleiche zu tun und zu hoffen, dass sich etwas ändert.

Denn: Es gab keine inhaltlichen oder örtlichen Schwerpunkte – wir haben unsere geringe Kraft gleichmäßig verteilt statt sie auf wichtige Themen und und erfolgversprechende Stadtteile zu konzentrieren. Wir waren auch als Stadtverband nicht in der Lage, im einzig möglicherweise erfolgreichen Wahlbezirk zur Landtagswahl einen deutlichen Schwerpunkt zu setzen und um ein Direktmandat in Nord zu kämpfen. Vielleicht hätte es nicht gereicht, aber wir haben es nicht versucht – nachdem wir den Wahlkreis schon mal hatten, nachdem bei der Wahl 2016 ein AfD-Vertreter knapp vor uns den Wahlkreis geholt hatte.

Wir waren auch als Stadtvorstand und als Stadtverband nicht in der Lage, Zielgruppen für unseren Wahlkampf zu definieren. Indem wir uns „An alle“ gewandt haben, haben wir fast niemanden erreicht. Keine Zielgruppe zu haben, heißt eben auch, keine inhaltlichen Schwerpunkte zu setzen, keine spezifische Sprache zu benutzen und keine zugeschnittenen Materialien zu erarbeiten und zu verteilen.

Wir haben Widersprüche in der Partei nicht bearbeitet, sondern zugekleistert. Das trifft auf Antworten auf die Klimakrise ebenso zu wie auf die Pandemie.

#### **4. Fehler beheben und Neustart wagen**

Mehrdeutigkeiten in unseren Aussagen und in unserem Handeln haben irritiert – vorsichtig ausgedrückt. Urächlich auch dafür: Es gibt eine zu starke, fast absolute Orientierung auf die Parlamente – und damit eine Dominanz der Fraktionen ab Landtag aufwärts gegenüber der Partei. Die Parlamente sind wichtig, keine Frage. Aber die Partei muss die politischen Linien beschließen und dann müssen auch unsere Abgeordneten in Bundestag und Landtag diese Politik mit umsetzen – bewusst entgegen dem bürgerliche Konzept, Abgeordnete seien nur ihrem Gewissen verpflichtet.

Wir und die von uns, die in Parlamente gehen, sind unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet, die hohe Erwartungen an uns haben. Und diese Erwartungen werden im Parlament meist nicht erfüllt. Also muss der Druck von der Straße, aus Schulen, Universitäten und aus dem Betrieben entwickelt werden – wie jetzt bei den Beschäftigten der MVB, bei FAM, SAM und Enercon in Magdeburg, bei Edeka, Ikea und in vielen Bereichen des Bildungs- und Gesundheitswesens.

Da helfen keine leeren Worte ohne jede Konsequenz. Möglich und nötig ist die Mobilisierung der Partei für eine aktive und sichtbare Streikunterstützung, Flyer mit Solidaritätsaufrufen an die Bevölkerung und ein Brückenschlag zur Klimadebatte und Klimabewegung – gerade in Zeiten enorm steigender Energiepreise.

Nie war DIE LINKE so wichtig wie heute!

Reden müssen wir über die Frage, wozu es eine starke Linke braucht und wie diese aussehen soll:

Schon jetzt und in den nächsten Jahren geht darum geht, wer die Folgen der Corona-Krise bezahlt. Die Reichen wollen nicht zahlen, die künftige Regierung bereitet die Agenda 2030 vor – eine Fortsetzung der Agenda 2010 mit all ihren verheerenden Folgen.

Es macht uns große Sorgen, dass die Markttextremisten um Lindner gemeinsam mit den Grünen über die kommende Regierung und ihre Inhalte entscheiden. Nachdem die Grünen zugunsten der FDP auf das Tempolimit verzichtet haben, hat jetzt Lauterbach betont, eine Bürgerversicherung und das Ende der Zweiklassenmedizin seien keine Bedingung für eine Regierungsbeteiligung. Seit gestern liegen die Ergebnisse der Sondierungen vor, seit gestern wissen wir, was als nächstes abgeräumt wird: die Vermögenssteuer, eine gute Rente, und nun sogar der 8-Stunden-Tag. Die kommende Regierung braucht Widerspruch von links und vor allem ein positives Gegenprogramm.

Mieten explodieren schon, Löhne bleiben hinter der Inflationsrate zurück, Sozialleistungen werden gekürzt, die Klimakatastrophe nicht wirklich bekämpft und das soziale gegen das ökologische instrumentalisiert. Die Menschen werden in Konkurrenz zueinander gesetzt und aufeinander gehetzt – nur, um den Klassenkampf zwischen oben und unten, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen arm und reich stillzulegen. Zum Problem, das Kapitalismus heißt, haben wir als sozialistische Partei eine Alternative und gute Angebote für die Menschen. Wir müssen mit ihnen darüber ins Gespräch kommen und Aktionen initiieren und unterstützen: Mietpreisstopp auch in unserer Stadt, Vorrang für den ÖPNV vor dem Autoverkehr, immer an der Seite der Belegschaften und Gewerkschaften, die für gute Arbeit kämpfen.

Eine positive Idee, eine konkrete Vorstellung davon, wie wir in zehn und in 20 Jahren leben wollen: bedürfnisorientiert, orientiert an den Ressourcen und den Belastungsgrenzen der Erde, in globaler Gerechtigkeit, selbstbestimmt und in Freiheit, Vielfalt, Solidarität und Sicherheit:  
Ein gutes Leben für Alle!

Das ist unser Spielfeld, auf dem wir unverzichtbar sind und aktiv werden müssen – Da dürfen wir nicht am Rande stehen, zuschauen oder nur kommentieren. Erfolgreich sind, wie das Beispiel Berlin / „Deutsche Wohnen enteignet“ zeigt, lebensverändernde, die Not überwindende Forderungen plus Organisation gesellschaftlicher Mehrheiten.

Zum Schluss, dieses ist meine letzte Rede im Stadtverband, will ich großen Dank sagen an Genossin Rosi Hein und Genossen Tobias Baum.

Trotz bzw. wegen unterschiedlicher Positionen und Erfahrungen war die Zusammenarbeit gut für den Stadtverband und auch für mich persönlich bereichernd.

Dank an Iris, Karin, Nicole, Sigi und Andreas dafür, dass sie es mit mir und mit uns ausgehalten haben.

Dank an die Vorsitzenden der Basisgruppen und der aktiven Ortsverbände in Nord, Olvenstedt und Reform für die Unterstützung, die wir meist hatten. Ein besonderer Dank an die Aktionsgruppe, an die jungen Genossinnen und Genossen, die neue Ideen in unsere Parteiarbeit reingebracht haben.

Besonderer Dank auch an Genossin Ina Köhnkow, der Wahlkreismitarbeiterin von Matthias Höhn, die über unserem Keller arbeitet und uns nicht nur ertragen hat, sondern immer unterstützt hat. Und natürlich Dank an Matthias Höhn selbst, dass er sein Wahlkreisbüro hier in Magdeburg gehalten hat, obwohl sein Wahlkreis die Altmark war.

Ich bin zuversichtlich, die Brücke in die Zukunft hält, der Übergang zu einer modernen sozialistischen Partei wird vom nächsten Stadtvorstand erfolgreich fortgesetzt.  
DIE LINKE hat diesen Neustart dringend nötig. Macht was draus und macht's besser!